



04.10.2011

„Lübecker Bildungsfonds“: Warmes Mittagessen für jedes Kind

[/ GEW - Die Bildungsgewerkschaft](#) [▶ / GEW-Webservices](#) [▶ / Download](#) [▶ / Zeitschriften](#)
[▶ / E&W](#) [▶ Bildungspolitik: Warmes Mittagessen für jedes Kind](#)

Der „Lübecker Bildungsfonds“ sorgt bundesweit für Aufsehen. Er hilft, Ganztagsangebote, Schulesen oder Sprachförderung kostengünstig anzubieten - ohne viel Verwaltungsaufwand. Vor allem Kinder aus Hartz-IV-Familien profitieren. Doch erst finanzstarke Lübecker Stiftungen ermöglichen dieses Angebot. Mehr Privatisierung statt mehr Sozialstaat? Greift das Bildungspaket der Bundesregierung nicht, weil der Wust an Bürokratie es behindert (s. E&W 9/2011)

Alle Ramba-Zambas aufstellen!“ Energisch ruft die Zweitklässlerin mit dem Pferdeschwanz über den Schulhof. Nach und nach zockeln die 16 Kinder der Ramba-Zamba-Gruppe zum Treffpunkt. Anschließend betreten sie in kleinen Gruppen den Raum. Gleich beginnt die nachmittägliche Hausaufgabenbetreuung. „Nur rein und hinsetzen. Wir packen noch nichts aus“, ruft Antje Johannsen, die angehende sozialpädagogische Assistentin. „Wie strukturiert das abläuft, wie zivilisiert“, sagt Sozialpädagogin Annika Beerbaum. Sie half, das Ganztagsangebot an der Schule aufzubauen. „Früher waren auf dem Schulhof nur Streitigkeiten, nur Klapperei“, erinnert sich die 32-Jährige.

Die beiden Frauen arbeiten an der Eichholz-Grundschule, gelegen in einem der ärmeren Stadtteile Lübecks. 30 bis 40 Prozent der Mädchen und Jungen an der Schule kommen aus Migrantenfamilien. 180 Schüler lernen hier. Davon besuchen 140 das freiwillige („offene“) und kostenpflichtige Ganztagsangebot, das neben Hausaufgabenhilfe auch Computerkurs, Garten-AG und Jungengruppe anbietet. Eine hohe Quote, ermöglicht durch ein Projekt, für das die Hansestadt Lübeck überregional in der Presse gefeiert wird: den „Lübecker Bildungsfonds“. Der subventioniert für Kinder aus einkommensschwachen Elternhäusern Schulmahlzeit, Ganztagsbesuch, Klassenfahrten oder Arbeitsmaterialien. Zudem hilft er, vor allem an Kindertagesstätten, Sprachförderung zu finanzieren.

Das Projekt ist erfolgreich. „Bevor es den Bildungsfonds gab, hatten wir nur halb so viel Kinder im Ganztag“, berichtet Franz-Josef Scholz, Leiter der Eichholz-Schule. Denn allein das schulische Mittagessen kostet rund 45 Euro im Monat. Zu viel für Eltern, die auf Hartz IV oder Wohngeld angewiesen sind.

Der Bildungsfonds startete 2009. Drei Jahre zuvor hatte die Hansestadt ihren „Armuts- und Sozialbericht“ veröffentlicht. „Jedes dritte Kind in Lübeck gilt als arm“, heißt es im Bericht. Ein dramatischer Befund. Politik, Verwaltung, Agentur für Arbeit, Schulen und andere setzten sich zusammen. Heraus kam ein Unterstützungsmodell, das vor allem zwei Schwerpunkte hat: Bildung für Benachteiligte und ein warmes Mittagessen für jedes Kind.

Stattliche zwei Millionen Euro jährlich schüttet der Fonds aus. Die Hansestadt und das Land Schleswig-Holstein, beide hochverschuldet, steuern nur knapp die Hälfte bei – Gelder aus öffentlichen Förderprogrammen. Die andere Hälfte finanziert ein Verbund Lübecker Stiftungen. Allen voran die wohlhabende Possehl-Stiftung, gegründet vom Lübecker Kaufmann Emil Possehl (1850 bis 1919). Die Stiftung kann es sich leisten, pro Jahr zwischen zwölf und 15 Millionen Euro für gemeinnützige Projekte zu investieren.

Schulesen, Ganztagsangebote und Sprachförderung für alle zu finanzieren, ist das nicht Aufgabe des Sozialstaates? „Wir entlassen die öffentliche Hand ja nicht aus ihrer Verantwortung“, entgegnet Nathalie Brügggen, Sprecherin der Possehl-Stiftung. Kommune und Land, so Brügggen, leisteten ihren Beitrag zum Bildungsfonds.

Kritik äußert hingegen Jörg Senkspiel, Schulleiter der Lübecker Holstentor-Gemeinschaftsschule. Die Initiative für den Bildungsfonds sei von den Stiftungen ausgegangen, erklärt Senkspiel. „Hier zieht sich meines Erachtens der Staat aus der Verantwortung.“

Zumeist große Akzeptanz

Doch zumeist stößt der Bildungsfonds auf große Akzeptanz an Schulen. Auch deshalb, weil nicht die städtische Verwaltung entscheidet, welche Kinder unterstützt werden. Das bestimmen Lehrkräfte und Kita-Erzieherinnen. Jede Schule und jede Kita in Lübeck verfügen nun über ein eigenes Bankkonto. Und bekommen für jedes Halbjahr eine Abschlagszahlung.

„Schulen mit Budgethoheit“, überschrieb denn auch das Bundesbildungsministerium seinen wohlwollenden Bericht über das Lübecker Modell.

Der Bildungsfonds fördert auch Selbstständige Schulen, die ja nicht unumstritten sind. Ein Ziel, das auch die Lübecker Akteure des bundesweiten Programms „Lernen vor Ort“ (LVO) verfolgen. Sie unterstützen den Bildungsfonds. „Unseren Leuchtturm“, nennt ihn Elke Woitke, in der Hansestadt zuständig für LVO. „Lernen vor Ort“ wird vom Bundesbildungsministerium und der EU finanziert und soll private und öffentliche Bildungsakteure in den Kommunen vernetzen (s. E&W 12/2010). Bundesweit arbeiten 146 Stiftungen bei LVO mit, darunter die Bertelsmann-, Krupp- und Deutsche Bank-Stiftung. Sie setzen darauf, den

Bildungsfonds auch andernorts zu etablieren.

Zum „Lübecker Bildungsfonds“ kommt ein neues bundesweites Projekt hinzu – und sorgt an den Schulen der Hansestadt für große Unruhe: das Bildungs- und Teilhabepaket, ausbaldowert von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU). Auch dieses Angebot zielt darauf, benachteiligte Schüler und Jugendliche zu fördern (s. E&W 5/2011). Es verursacht aber enorme zusätzliche Verwaltungsarbeit, stöhnen Lübecker Schulleiter, Schulsekretärinnen und Lehrkräfte: neue Vorgaben, neue Tabellen, außerdem Beratungsgespräche mit Eltern, die mit den Antragsformularen nicht klarkommen. Elisabeth Reinert, Klassenlehrerin und zuständige Koordinatorin an der Holstentor-Gemeinschaftsschule, klagt über den „erheblichen zusätzlichen Zeitaufwand“. Und: „Für mich ist die Grenze der Belastbarkeit erreicht.“

*Matthias Holland-Letz,
freier Journalist*

[/ zum Seitenanfang](#)